

10.12.09

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Bürger zahlen für Überangebot an Öko-Strom

ami. BERLIN, 9. Dezember. Stromkunden müssen von Januar an über die Öko-Strom-Umlage dafür bezahlen, wenn ein Überangebot an Strom zu einer perversen Preisreaktion führt. Die Bundesnetzagentur hat in diesem Jahr schon 18 Mal beobachtet, dass überschüssiger Strom vor allem aus Windanlagen nur noch „verkauft“ werden konnte, wenn der Anbieter dem Abnehmer mehrere hundert Euro draufzahlte. „Bei negativen Preisen steigt die Umlage“, bestätigt ein Sprecher der Bundesnetzagentur dieser Zeitung. Die Strombörse hat schon Vorkehrungen getroffen, damit der Preis nicht, wie mehrfach geschehen, ins Bodenlose fällt: Bei Preisen von unter minus 150 Euro je Megawattstunde solle eine zweite Auktion aufgerufen werden, teilte der Börsenrat mit. Derzeit kostet eine Megawattstunde Strom an der Börse knapp 50 Euro. Die Börse erwartet, dass die Preisausschläge künftig größer werden, nicht nur weil mehr Öko-Strom erzeugt wird, sondern vor allem, weil wegen einer Gesetzesänderung von Januar an der gesamte Öko-Strom über die Börse verkauft werden muss. Das dürfte zu Preisausschlägen führen, vor allem, wenn eine knappe Nachfrage auf ein unerwartet hohes Windstromangebot trifft. Nach dem Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) müssen die Netzbetreiber Öko-Strom zu festgesetzten Preisen zukaufen. Für 2010 rechnen sie mit einer EEG-Einspeisevergütung in Höhe von 12,7 Milliarden Euro kalkuliert. Den Gegenwert des eingespeisten Stroms veranschlagten sie auf 4,5 Milliarden Euro. Die Differenz, 8,2 Milliarden Euro, wird über die EEG-Umlage den Verbrauchern auf die Rechnung geschlagen. *(Wenn der Strompreis negativ wird, zahlt der Verbraucher doppelt, Seite 17.)*